



Mehr Sicherheit durch Linke Politik



Gesine Löttsch
Bundestagsabgeordnete

Die Welt steht auf dem Kopf. Wir müssen sie wieder auf die Füße stellen. Wie geht das? Wir müssen einfache Fragen beantworten: Wofür sind Wohnungen da? A) Zum Wohnen oder B) um Gewinne zu erzielen? Die Linke sagt A. In Berlin haben wir den Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co enteignen“ unterstützt. Die Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner hat den Volksentscheid unterstützt. SPD und CDU verhindern die Umsetzung. Wir vertreten die Interessen der Mieterinnen und Mieter. SPD und CDU die Interessen der Vermieter. Wofür sind Krankenhäuser da? A) Um Menschen ihre Gesundheit wiederzugeben oder B) damit Krankenhauskonzerne Gewinne machen. Die Linke sagt A. SPD, CDU, Grüne und FDP sagen B. Sie schließen seit Jahren kommunale Krankenhäuser, damit kommerzielle Krankenhäuser mit unseren Krankheiten Geld verdienen können.

Unsere Welt steht auf dem Kopf, weil an erster Stelle immer der Profit steht und nicht die Bedürfnisse der Menschen. Die Völker wollen nicht gegeneinander Kriege führen. Kriege wollen nur die führen, die daran verdienen. Der Aktienkurs des Rüstungskonzerns Rheinmetall hat sich seit Beginn des Ukrainekrieges fast verdreifacht.

Wir müssen die Welt vom Kopf wieder auf die Füße stellen.

Wenn die Fragen so einfach zu beantworten sind, warum spaltet sich dann Die Linke? Weil wir unser Ziel aus den Augen verloren haben. Wir haben ein gutes Parteiprogramm. Da steht, dass der Profit nicht länger im Mittelpunkt des politischen Handelns stehen darf. Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Bedürfnisse der Menschen an erster Stelle stehen. Wer also für kommunale Wohnungsgesellschaften und für den Erhalt kommunaler Krankenhäuser kämpft und Kriege kategorisch ablehnt, der ist auf dem Weg in eine gerechtere Gesellschaft und bei der Partei Die Linke genau richtig.

Auch wenn sich jetzt die Wege meiner Partei und die von Sahra Wagenknecht trennen, habe ich die Hoffnung nicht aufgegeben, dass wir die Welt verändern können.

Heute dreht sich alles um Sicherheit. Die Menschen wollen in Sicherheit leben. Sie wollen eine bezahlbare Wohnung, pünktliche Busse und Bahnen und eine zuverlässige Gesundheitsversorgung. All das ist leider nicht selbstverständlich. Doch wir wollen, dass es wieder selbstverständlich wird.

Die anderen Parteien versprechen mehr Sicherheit durch immer mehr Waffen, die sie in die ganze Welt exportieren. Wir haben gesehen, wohin das führt – in die Katastrophe.

In den letzten Wochen erreichen mich viele Anrufe, Briefe und Mails. Viele Menschen sind mit meiner Partei unzufrieden. Ich bin auch mit meiner Partei unzufrieden, weiß aber auch, dass es keine bessere gibt, um die genannten Ziele zu erreichen. Es gibt nur eine Lösung: Wir müssen besser werden. Wir dürfen unsere Ziele nicht aus den Augen verlieren. Wir müssen auf Solidarität und nicht auf Egoismus setzen. ■

Die Welt steht am Scheideweg



Gregor Gysi
Bundestagsabgeordneter

Die internationalen Beziehungen werden immer mehr vom Recht des Stärkeren dominiert, das Völkerrecht droht nur noch auf dem Papier der UN-Charta und anderer Vereinbarungen zu stehen. Die weltweiten Rüstungsausgaben explodieren. Immer deutlicher droht eine neue Blockkonfrontation, die man am Ende des Kalten Krieges überwunden glaubte. Diesmal organisiert sich der Süden mit China und Russland gegen uns. Stimmen, die zur Mäßigung aufrufen, werden je nach Position diffamiert. Die Welt steht an einem Scheideweg.

Es sind vor allem zwei sehr unterschiedliche Kriege, in denen sich entscheiden wird, ob die Welt auf den Weg zu Deeskalation, Abrüstung, Interessenausgleich, viel mehr Diplomatie und strikter Wahrung des Völkerrechts durch alle Seiten zurückfindet. Die Bundesregierung, die NATO-Staaten, der Westen müssen ihrer Verantwortung dafür endlich nachkommen.

„Zahlreiche Staaten insbesondere aus dem globalen Süden, aber auch der Vatikan haben Vorschläge gemacht und Initiativen gestartet, um den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine auf dem Verhandlungsweg zu beenden. Die Staaten der NATO, der EU und mit ihnen verbundene Staaten setzen dagegen auf eine quantitative und qualitative Ausweitung der Lieferung von Rüstungsgütern an die Ukraine, was zwar dazu führt, dass die Ukraine ihr unbezweifelbares Selbstverteidigungsrecht wahrnehmen kann, aber keine Optionen eröffnet, den Krieg zu beenden, die politischen Ziele der Ukraine zu erreichen und die internationalen Beziehungen wieder auf der Grundlage des Völkerrechts zu gestalten“, heißt es dazu in einem Antrag der

Linken im Bundestag. Und weiter: „Im Schatten des Krieges versuchen regionale Mächte durch den Einsatz militärischer Gewalt internationale Konflikte zu ihren Gunsten zu lösen, wie wir es jüngst in Berg-Karabach erleben mussten.“

In dieser Situation haben vier sehr unterschiedliche Persönlichkeiten aus Deutschland, die den Angriffskrieg Russlands verurteilen, eine Initiative für einen Verhandlungsfrieden vorgestellt, mit dem das Töten, Verletzen und Zerstören beendet und eine Situation hergestellt werden kann, die die Sicherheit und territoriale Integrität der Ukraine und der ihr verbundenen Staaten langfristig gewährleistet.

Diese Initiative von Prof. Dr. Peter Brandt, Prof. Dr. Hajo Funke, General a.D. Harald Kujat und Prof. Dr. h. c. Horst Teltschik bezieht sich auf die UN-Resolution vom 02.03.2022, die fordert, alles für eine „friedliche Beilegung des Konfliktes zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine durch politischen Dialog, Verhandlungen, Vermittlung und andere friedliche Mittel“ zu unternehmen. Deutschland hat dieser Resolution zugestimmt. Die Bundesregierung sollte die Chance nutzen und die Initiative dieser vier Persönlichkeiten zur Grundlage ihrer diplomatischen Bemühungen in der NATO und der EU mit dem Ziel machen, den Weg zu einem Verhandlungsfrieden zu ebnet.

Im Nahen Osten wiederum gab es brutale Terroranschläge der Hamas gegen Israelis. Nichts rechtfertigt die Ermordung und Verschleppung von Kindern, Frauen, überhaupt von Zivilistinnen und Zivilisten durch die Hamas. Antisemitismus muss in jeder Form scharf kritisiert und bekämpft werden.

So legitim das Interesse Israels ist, die terroristischen Strukturen der Hamas zu zerstören, so sehr muss dabei das Völkerrecht beachtet werden. Wenn ein israelischer Minister aufruft, eine palästinensische Kleinstadt vollständig zu vernichten, d.h., wenn er dazu aufruft, Zivilbevölkerung zu töten, ist das ein Aufruf zu einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit und muss scharf kritisiert und zurückgewiesen werden.

Tatsächlich steht der Nahe Osten vor zwei möglichen Entwicklungen. Entweder es gibt einen katastrophalen Flächenbrand oder der Nahostkonflikt wird endlich mit einer Zweistaatenlösung gelöst. Dabei kann und muss auch die Bundesregierung diplomatisch behilflich sein. Dringend notwendig dafür sind allerdings die diplomatischen Bemühungen der USA, vielleicht auch Chinas und der politische Wille in Israel und Palästina, zu einer solchen Lösung zu kommen. ■

Die deutsche Norm und die ostdeutsche Abweichung -

33 Jahre deutsche „Einheit“

Sören Pellmann
Leipziger Bundestagsabgeordneter

33 Jahre sind seit dem 03. Oktober 1990 ins Land gegangen. Blühende Landschaften wurden uns versprochen. Doch wenn wir uns heute in Ostdeutschland umsehen, sehen wir eine Region, die - mit wenigen Ausnahmen - hinter dem westdeutschen Standard zurückbleibt.

Im jüngst vorgelegten Bericht von Carsten Schneider (Ostbeauftragter der Bundesregierung) wurden wieder viele Schlüsse gezogen und gleichzeitig auf vermeintliche Erfolge sowie Maßnahmen verwiesen, die angeblich zur Herstellung einer deutschen Einheit führen würden.

Prominentestes Beispiel: Der Härtefallfonds. Betroffene können sich auf eine Einmalzahlung von 2.500€ freuen. Sofern sie den Großteil ihres Berufslebens in der DDR gearbeitet haben, zuvor bei der Umrechnung der erbrachten Leistung übergangen wurden und in einem der Bundesländer leben, die dem Härtefallfonds beigetreten sind. Was im Ostbericht jedoch mit keiner Silbe erwähnt wird: Den DDR-Rentnern wurden seit 1991 40 Milliarden Euro in Rentenansprüchen vorenthalten (Quelle: Runder Tisch Rentengerechtigkeit). Eine läppische Einmalzahlung von 2.500€ für Ostdeutsche wird dieser horrenden Summe nicht ansatzweise gerecht! Bereits bei der Einrichtung des Härtefallfonds war klar, dass ein Großteil der ostdeutschen Antragsteller keinen Cent erhalten wird.

Ferner bot uns der Ostbericht viele neue alte Erkenntnisse. Erfolgsmeldungen? Fehlanzeige. Der Fokus lag diesmal auf Infrastruktur, insbesondere Städten und Stadtentwicklung. Das Ganze wurde dann schön mit westdeutschen ländlichen Regionen in Relation gesetzt, vermutlich, um uns Jammer-Ossis mal wieder zu zeigen, dass es nicht nur uns schlecht geht.

Anstatt jährlicher Studien über den Osten und keine daraus abgeleiteten Konsequenzen für das Handeln der Bundesregierung brauchen wir endlich radikale Angleichung und gesamtdeutsche Weiterentwicklung! 33 Jahre lang wurde der Osten übergangen, Kritiker der Wendepolitik werden nach wie vor verhöhnt.

Sieht so Einheit aus? Nie und nimmer! Ein geeintes Land kann es nur geben, wenn wir wegkommen von der deutschen Norm und der ostdeutschen Abweichung. Dies gilt es auszuräumen, ohne Wenn und Aber! ■

Wohnkosten dürfen niemanden überfordern

Rico Gebhardt

Fraktionsvorsitzender
Die Linke im Sächsischen Landtag

Alle Menschen sollen ein Dach über dem Kopf haben – und zwar eines, unter dem genug Platz bleibt und das bezahlbar ist, selbst für kinderreiche Familien. Niemand soll auf der Straße landen, weil Wohnraum unerschwinglich ist. Eine solche Welt ist möglich. Sie muss allerdings erkämpft werden.

Wohnen ist heute immer noch eine zentrale soziale Frage. Immer mehr Menschen werden von den Wohnkosten finanziell überfordert. Das Angebot an dem Einkommen entsprechenden Wohnraum ist vielerorts knapp – auch in Leipzig. Hinzu kommen die teils horrenden Nebenkosten, die sowohl viele Miethaushalte als auch zahlreiche Menschen mit selbstgenutztem Wohneigentum treffen. Der Bundestag hat zwar das „Gebäudeenergiegesetz“ beschlossen, doch Klarheit herrscht keineswegs. SPD, Grüne und FDP treiben die Mehrheit in ein Dilemma: Wird eine alte oder defekte Öl- oder Gasheizung abgeschafft, müssen Miethaushalte mit saftigen Erhöhungen rechnen und für Eigenheime entstehen fünfstellige Kosten. Ohne Heizungstausch werden die Energiekosten aber bald unbezahlbar. Auch wir als Linksfraktion wollen handeln, aber sozial. Der Umbau der Wärmeversorgung darf niemanden überfordern!

Preiswerte Energie kommt in naher Zukunft nur noch aus erneuerbaren Quellen. Der Staat muss dabei helfen, sie stärker zu nutzen – das gilt für Miethaushalte wie für Menschen mit selbstgenutztem Wohneigentum. Wir sollten das sach-



lich angehen und nicht auf diejenigen hereinfallen, deren politisches Geschäft die Angst ist. Zur Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger wäre ein Milliarden-Sondervermögen angemessen. Bei der Aufrüstung war das kein Problem! Mieterinnen und Mieter sollen nach energetischer Sanierung nicht draufzahlen müssen, die Modernisierungsumlage gehört abgeschafft. Wir wollen gezielte Förderungen für Eigenheime sowie für gemeinwohlorientierte Vermieter, für Konzerne sollen strikte Bedingungen gelten. Wer Wohnraum vermietet, soll Fördermittel in Anspruch nehmen müssen, die Bund und Land bedarfsgerecht zur Verfügung stellen.

Auch wegen der Energiepreis-Entwicklung ist die Lage des Wohnungsbaus insgesamt dramatisch, der soziale Wohnungsbau droht zum Erliegen zu kommen. Höhere Bau- und Materialpreise, Zinsniveausprünge und neue Anforderungen an energetische Standards treiben die Kosten. Bund und Land müssen Förderprogramme zur Verfügung stellen, die sozial gerecht sind. Das bedeutet, dass öffentliche und gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen sowie Vermieterinnen und Vermieter mit kleinem Bestand in den Mittelpunkt gehören. Ziel muss es sein, aus der Krise herauszukommen, Ertüchtigungen in Bestand sowie Neubau zu ermöglichen. Befragungsdaten zeigen: Die Menschen in Sachsen wünschen sich mehr staatliche Eingriffe in der Wohnungspolitik, vor allem die Regulierung der Mieten und eine bessere Wohnungsbauförderung. Der Markt regelt es nicht. Die Staatsregierung muss aktiv Wohnungspolitik betreiben!

Auch in Sachsen wächst der Bestand an Sozialwohnungen schleichend: 2022 wurden in Dresden und Leipzig insgesamt nur 557 Sozialwohnungen fertig gestellt. Erst seit 2017 entstanden in Sachsen wieder Sozialwohnungen, nachdem der Bestand vorher massiv abgeschmolzen war. Von 134.000 Wohnungen im Jahr 2006 waren nur 11.582 übrig. Besonders massiv fiel der Rückgang in Leipzig aus: Von 22.543 Sozialwohnungen im Jahr 2012 blieben 2017 nur 264. Bis heute ist der Bedarf trotz zaghaften Neubaus um ein Vielfaches größer als der Bestand, zumal der Freistaat jahrelang Bundesmittel, die für Sozialwohnungsbau vorgesehen waren, zweckentfremdet hat. Wir fordern ein öffentliches Wohnungsbauprogramm, das in erster Linie öffentliche und gemeinwohlorientierte Anbieter in die Lage versetzt, dauerhaft bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Wir fordern die Verdoppelung der Mittel für sozialen Wohnungsbau in Sachsen auf 250 Millionen Euro pro Jahr. Nötig sind zudem zinsverbilligte Darlehen sowie Zuschüsse für Anbieter, die nicht profitorientiert sind – etwa für Genossenschaften. Hamburg etwa fördert den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden, sofern deren Mieterinnen und Mieter eine Genossenschaft gründen und Mietpreisbindungen sowie Belegungsrechte gewähren. Sozialwohnungen müssen dauerhaft Sozialwohnungen bleiben, nicht mehr nur für maximal 20 Jahre.

Wir dürfen das Feld nicht Wohnungskonzernen und schon gar nicht Finanzmarktakteuren überlassen. Es ist höchste Zeit für ein starkes gemeinwohlorientiertes Wohnungssegment in Sachsen, das wie in Wien verbreitet günstiges Wohnen ermöglicht. Streiten Sie mit uns dafür, dass Wohnen überall bezahlbar wird! ■

Ein würdevolles Leben für alle Kinder

Wie wäre es, den Teufelskreis zu durchbrechen? Denn aus armen Kindern werden oft arme Jugendliche und später arme Eltern, die wiederum arme Kinder haben. Es ist höchste Zeit für eine echte Kindergrundsicherung als unbürokratische monatliche Leistung, die umso höher ausfällt, je geringer der Verdienst der Eltern ist. Die Mittagsversorgung in Kitas und Schulen muss gut und für die Eltern kostenfrei sein. In Sachsen wird schließlich mehr als ein Viertel der Vollzeitbeschäftigten mit einem Hungerlohn abgespeist!

Marco Götze & Oliver Gebhardt
Lehrer und Stadträte

Leipzig hat enorme Herausforderungen im Schulbau und beim Betrieb von Schulen zu bewältigen. Jährlich steigen in Leipzig noch immer die Zahlen der neugeborenen Kinder. Mit kurzem Vorlauf steigt der Bedarf an KiTa-Plätzen. Vom Beschluss, eine Schule zu bauen, bis zur Fertigstellung vergehen heutzutage im Minimum 5 Jahre. Für Schülerinnen und Schülern der weiterführenden Schulen, also Oberschule, Gymnasium und weitere Schulformen ab Klasse 5 ist etwas mehr Planungsvorlauf möglich als für Grundschulen, die Priorität haben müssen. Die Schwierigkeiten bestehen nach wie vor in geeigneten Immobilien und zu wenig Flächen in öffentlicher Hand. Hier bezahlen wir heute die Folgen des Privatisierungswahns vergangener Jahrzehnte. Damit sind der Kommune Planungsmöglichkeiten aus den Händen genommen worden. Es ist unter Umständen schwer, Flächen für Schulen zu finden. Zahlreiche Neubauten sind auf den Weg gebracht, dennoch reicht das nicht. Auch in der langfristigen Planung brauchen wir neue Schulen. Nach einem kurzen Rückgang in einigen Jahren werden nach den Prognosen langfristig die Zahlen erneut steigen. Zum Teil können Mehrbedarfe noch durch Kapazitätserweiterung bestehender Schulgebäude abgedeckt werden. Für uns reichen Schulgebäude und deren Einrichtung allein nicht aus. Wir haben uns als Linksfraktion auch für eine zeitgemäße Gestaltung von Schulhöfen eingesetzt und haben uns dabei mit Ideen und Anträ-

Kita & Schule in der wachsenden Stadt für alle denken

gen eingebracht. Schulhöfe sind nicht nur ein Ort für die Pausen, sondern sind auch wichtig für das Sozialleben unserer Kinder vor und nach dem Unterricht, auch für den ganzen Stadtteil. Die Pilotprojekte zur Öffnung der Schulhöfe für alle Menschen im Wohnquartier begrüßen wir, sehen aber auch die Personalprobleme bezüglich der Ordnung und Sauberkeit der Höfe, nicht zuletzt im Sinne der Sicherheit der Kinder.

Besonders wichtig ist uns, dass neue Schulen gleich für den möglichen Schultyp der Gemeinschaftsschule vorausschauend geplant werden. Die Linke setzt sich für längeres gemeinsames Lernen mindestens bis Klasse 8 ein. Wir streben an, dass es immer mehr Gemeinschaftsschulen gibt, die die Kinder nicht im Alter von 10 Jahren verfrüht in starre Bildungsrichtungen mit mangelnder Durchlässigkeit einsortiert. Es hat lange gedauert, bis in Sachsen die Gemeinschaftsschule überhaupt möglich wurde. Wir wollen diesen vernünftigen Schultyp stärken. Maßgeblich setzen wir uns für eine schrittweise Verankerung der Schulsozialarbeit in allen Schulen ein. Bisher bestand diese vornehmlich an den Oberschulen, nur an einigen Gymnasien gab es vereinzelt Stellen.

Sozialarbeit ist nicht, wie die konservativen und rechten Teile des Stadtrates oft betonen, für den guten Leistungserfolg der Schülerinnen und Schüler da. Das ist Aufgabe der Lehrenden. Sie dient dazu, Konfliktslagen zwischen Kindern und Jugendlichen zu lösen, für deren zwischenmenschlichen und psychischen Probleme Ansprechpartner zu sein und um die Herausforderungen des Erwachsenwerdens besser zu meistern. Wer in Prävention und Hilfen investiert, wird später weniger mit Folgen von Vernachlässigungen zu kämpfen haben. Zwar ist hier der Freistaat in der Pflicht und die Stadt geht hier nach unseren Anträgen und Haushaltsanträgen in Vorleistung. Aber uns und der Stadtratsmehrheit war diese Fürsorge für unsere Kinder so wichtig, dass wir sie – wie auch viele Schulleiter – für unverzichtbar hielten.

Die Linke kämpfte zudem für eine gerechtere Bezahlung der Schulsachbearbeiterinnen, für eine gute Versorgung der Schulbibliotheken und Leseräume. Wir setzen uns für kostenloses Mittagessen für alle Kinder ein – bis es geschafft ist, für eine Deckelung der Preise. Die Linke denkt stets inklusiv und zugleich realistisch. ■

Südvorstadt für alle!

Susanne Scheidereiter
Stadtbezirksbeirätin Leipzig-Süd

Es ist kein Geheimnis, dass die Wohnsituation für viele Menschen unserer Stadt immer schwieriger wird, denn bezahlbarer Wohnraum ist knapp. Betroffen von den steigenden Mieten sind dabei nicht nur Menschen, die staatliche Unterstützung bekommen oder sogenannte Geringverdiener:innen, sondern ebenso Personen mit durchschnittlichen Einkommen. Diese Situation steht jedoch im Widerspruch zu dem intensiven Baugeschehen der letzten Jahre, wurde doch jede erdenkliche Baulücke, selbst Hinterhöfe, verdichtet. Es entstand dabei nur zu wenig bezahlbarer Wohnraum, sondern vielmehr teures Wohneigentum.

Dass Wohnen unbedingt anders organisiert werden muss, findet die Initiative „Vernetzung Süd“. Diese setzt sich seit 2016 für die Erhal-

ten von bezahlbarem kommunalem Wohnraum ein. Gemeinsam mit Unterstützung des Stadtbezirksbeirat Süd hat sie im letzten Jahr einen Antrag formuliert und in den Stadtrat eingebracht, der sich konkret auf die letzten drei unsanierten Häuserblöcke der LWB in der Kochstraße und der August-Bebel-Straße bezieht.

Diese 105 Wohnungen sollen nicht nur bezahlbar bleiben, sondern auch klimaangepasst und nachhaltig saniert werden. Die Mieter:innen und auch die Zivilgesellschaft sollen mittels eines Sanierungsrates an diesem Prozess beteiligt werden. Idealerweise könnte dieser Sanierungsprozess Modellcharakter auch für andere Projekte in unserer Stadt bekommen.

Die LWB hat sich als städtisches Wohnungsunternehmen bisher kooperativ gezeigt. Innerhalb eines gemeinsamen Workshops mit den Mieter:innen konnten Ideen, Fachwissen und Visio-

nen ausgetauscht werden. Die kommunale Wohnungsgenossenschaft befindet sich auf dem Wohnungsmarkt unter Wettbewerbsdruck. Deswegen muss sie finanziell von der Stadt unterstützt werden, um einen für alle Menschen bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen zu können. Wer eine nachhaltige und sozial durchmischte Stadt will, muss dafür konkrete Taten folgen lassen. Mit der Annahme des Antrags „Südvorstadt für alle!“ ist der Stadtrat einen ersten Schritt in die richtige Richtung gegangen. Hinter die gleichnamige Petition für mehr sozialen Wohnraum auch in der Südvorstadt haben sich über 3.500 Leipzigerinnen und Leipziger gestellt. Auch der BUND und der DGB haben diese mit unterstützt. An diesen Häusern können Modellprojekte für eine soziale und ökologische Sanierung erprobt und wissenschaftlich begleitet werden. Eine Sanierung für die Zukunft!

Letztlich aber auch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. So hat die Ampel-Regierung 2021 in ihrem Koalitionsvertrag beschlossen, jährlich 400.000 neue Wohnungen zu bauen, davon 100.000 öffentlich geförderte, sogenannte Sozialwohnungen. Davon ist sie noch weit entfernt: Neu gebaut wurden im vergangenen Jahr nur 22.545 Sozialwohnungen. Wir brauchen jetzt ein Sondervermögen für bezahlbaren Wohnraum und kein Sondervermögen für Aufrüstung! ■

Löwenzahn

Die Linke

Mitteilungsblatt der Fraktion Die Linke im Leipziger Stadtrat



Für 29 Euro durchs ganze Land!

Franziska Riekewald
Sprecherin für Mobilität

Im Frühjahr 2023 hat Die Linke im Stadtrat mit einem Antrag die Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) und die Stadt aufgefordert, über die Erweiterung des Sozialtickets zu verhandeln.

Ziel war es, die LeipzigPassMobilCard künftig zum Deutschlandticket umzuwandeln, welches bundesweit gültig ist. Nun liegt das Verhandlungsergebnis vor: Ganz nach dem Motto „links wirkt“ wird die LeipzigPassMobilCard ab Januar 2024 zum Deutschlandticket. Zum Preis von 29 Euro können dann alle LeipzigPass-Inhaber das Ticket kaufen und nutzen. Dieser Verhandlungserfolg ist das richtige Zeichen für die Leipzigerinnen und Leipziger. Gerade in Zeiten steigender Preise entlastet es diejenigen, die ohnehin mit wenig auskommen müssen.

Als LINKE freuen wir uns sehr, dass sich die Stadt Leipzig und die LVB über die Finanzierung geeinigt haben, denn die Bundesregierung hat die Einführung eines Sozialtarifes schlichtweg vergessen. Hier springt jetzt die Stadt Leipzig ein. Wir hoffen, dass das Angebot rege genutzt wird. Als nächsten Schritt werden wir uns für eine Entlastung für alle Familien mit Kindern einsetzen, denn auch diese hat die Bundesregierung bei der Einführung des Deutschlandtickets hängenlassen. Es wird Zeit, dass endlich eine entsprechende Fahrkarte mit Kinderpreisen eingeführt wird.

Nicht zuletzt ist das Deutschlandticket ein wichtiger Baustein auf dem Weg zur Verkehrswende. Anders als die Ampel-Regierung kämpfen wir als LINKE dafür, dass auf diesem Weg niemand vergessen wird. ■

Endlich ohne Termin ins Bürgerbüro!

Marianne Küng-Vildebrand
Sprecherin für Wirtschaft

Einen Termin bei den städtischen Bürgerbüros zu ergattern – zum Beispiel, um einen neuen Reisepass zu beantragen – war seit Ende der Coronakrise ein Ding der Unmöglichkeit. Die Servicebüros waren auf Wochen ausgebucht, wenige neu freigeschaltete Termine innerhalb von Minuten vergriffen. Zumal die Buchungsausschließlich digital erfolgten. Auch eine



Vereinbarung über das Bürgertelefon war aussichtslos. Dies führte zu unhaltbaren Zuständen und wochenlangen Wartezeiten – ohne Aussicht auf einen Termin.

Nicht nur viele ältere Menschen, sondern auch Personen mit Beeinträchtigungen waren mehr oder weniger ausgeschlossen vom digitalen Buchungssystem. Ganz abgesehen davon, dass es für den Zugang entsprechender digitaler

Technik bedarf, die sich nicht alle Menschen leisten können. Nach zahlreichen Vorstößen unserer Fraktion bei der Verwaltung in den Ausschüssen, einer Anfrage in der Ratsversammlung und schlussendlich einem Antrag im Stadtrat im Oktober, erhöhten wir den Druck auf die Stadtverwaltung. Die Bürgerservicebüros spielen in der Wahrnehmung der Stadtverwaltung durch die Bürgerinnen und Bürger eine herausgehobene Rolle, sie sind ihre „Visitenkarte“. Guter Service, Bürgerfreundlichkeit und Bürgernähe werden durch eine gute Erreichbarkeit der Verwaltung umgesetzt.

Unser Drängen hat sich ausgezahlt! Ab November sind nun wieder alle Bürgerbüros ganztags und terminfrei zugänglich. Damit wurden Hürden in der Terminvergabe endlich abgebaut und der Besuch für die Bürgerinnen und Bürger wieder planbar. Was für eine Erleichterung! ■

Grünau – ein lebendiger Stadtteil

Sören Pellmann
Fraktionsvorsitzender

Grünau ist ein lebendiger Stadtteil mit vielen Facetten: nahe am Erholungsgebiet um den Kulkwitzer See gelegen sowie mit einer guten Infrastruktur ausgestattet. Das Viertel bietet gerade Kindern und Jugendlichen umfangreiche Möglichkeiten für die Gestaltung von Lernen und Freizeit. Eine breite Schul- und Kitalandschaft, Sportanlagen, Offene Treffs und Sozio-kulturelle Zentren stehen für verschiedene Aktivitäten zur Verfügung.

Eine Anfrage der Fraktion Die Linke im Leipziger Stadtrat hat allerdings auch ergeben, dass gleichzeitig erhebliche Problemlagen bestehen. Insbesondere sind in diesem Stadtteil überdurchschnittlich viele Menschen auf Sozialleistungen angewiesen. Dieser hohe Armutsanteil führt nachweislich zu sehr ungleichen Bildungschancen. Überdurchschnittlich viele Kinder und Jugendliche brechen die Schule ab oder verlassen diese ohne Schulabschluss. Nicht nur deshalb wurde der Planungsraum Grünau in der Integrierten Kinder- und Jugendhilfeplanung der Stadt als Schwerpunkttraum aufgeführt.

In allen abgefragten Bereichen der Anfrage (Schulabstinz, Schulabbruch, Schulvermeidung, Schuleingangsuntersuchungen, Inobhutnahmen, Hilfe zur Erziehung) liegt der Stadtbezirk Grünau deutlich schlechter als der städtische Durchschnitt. Aus Sicht unserer Fraktion braucht Grünau dringend zusätzliche Maßnahmen im Rahmen einer Präventionsstrategie für Kinder und Jugendliche, die deutlich über die Planung der Stadt hinausgehen. Wir haben zur Stärkung des Stadtteils den Antrag „Rückenwind für Grünau“ eingebracht. Die Förderung von Bildungsgerechtigkeit muss in sozial benachteiligten Planungsräumen bereits in der Krippe beginnen, da die Fähigkeit zur Kompensation von Bildungsbenachteiligung mit zunehmendem Lebensalter deutlich abnimmt.

Die Kitas sind angehalten, in besonderem Maße Entwicklungs- und Bildungsrisiken von Kindern infolge sozialer Ungleichheit und Benachteiligung zu begegnen. Die Stadtverwaltung Leipzig ist aufgefordert, ein Konzept zu entwickeln, um einen Mehrbelastungsindex für die Grünauer Kitas zu entwickeln. ■



Sozialer Arbeitsmarkt in der Nähe der Todeszone

Dr. Volker Külow
Sprecher für Soziales

In letzter Zeit hat die Linksfraktion im Stadtrat wiederholt kritische Fragen zum Sozialen Arbeitsmarkt gestellt. Wir taten das deshalb, weil nach der Kürzung um 60 Prozent im Jahr 2023 gegenüber 2022 für das Jahr 2024 eine weitere Halbierung droht und dieser Bereich damit in die Nähe der Todeszone rückt. Es sind hauptsächlich die Kürzungen der Ampel-Regierung in ihrem Kriegshaushalt, die zu dieser dramatischen Entwicklung führen.



Betrugen die Eingliederungsmittel des Jobcenters Leipzig im Jahr 2022 noch 55 Millionen Euro, sanken sie 2023 auf 50 Millionen Euro und werden 2024 voraussichtlich weniger als 42 Millionen Euro betragen. Mit dieser massiven Kürzung wird es in Leipzig immer weniger

arbeitsmarktpolitische Projekte bei einer gleichbleibend hohen Langzeitarbeitslosigkeit geben: Allein die Plätze in AGH-Maßnahmen (sogenannte Ein-Euro-Jobs) schrumpfen von 1.273 in 2022 auf 350 im nächsten Jahr.

Die Kommune als Trägerin des Jobcenters reagiert bislang mit strategischer Hilflosigkeit. Nur dem Druck aus dem Stadtrat war es zu verdanken, dass ein Minimum an Projekten gerettet werden konnte. Die Linksfraktion nimmt die drohenden Kürzungen nicht kampflos hin und fordert den Oberbürgermeister sowie zuständigen Wirtschaftsbürgermeister auf, aktiv die Interessen der Stadt gegenüber dem Jobcenter Leipzig zu vertreten. Darüber hinaus werden wir insbesondere die Absicherung der Stellen für Schulbibliotheken und andere gemeinwohlsichernde Einrichtungen in den Blick nehmen und für deren Erhalt kämpfen. ■

Leipziger Linke ackert für gute Landwirtschaft!

Michael Neuhaus
Sprecher für Umwelt

Die Landwirtschaft ist ein lebenswichtiger Wirtschaftszweig. So, wie Lebensmittel aktuell produziert werden, kann es nicht weitergehen: Die Landwirte sind gezwungen, Lebensmittel so billig zu produzieren, dass sie kaum ihre Kosten decken können. Darunter leiden nicht nur Landwirte, sondern auch die Ökosysteme.

Viele Menschen schauen mit Sorge auf die Lebensmittelpreise. Der Kauf von regional und nachhaltig produzierten Lebensmitteln würde für sie Verzicht an anderer Stelle bedeuten. Die Gewinner sind die Lebensmitteldiscounter.

Anfang 2020 beauftragte der Stadtrat die Verwaltung mit der Erarbeitung einer Gesamtkonzeption Landwirtschaft. Im Oktober dieses Jahres wurde mit dem Vergabekonzept für die stadteigenen Landwirtschaftsflächen endlich der erste Teil der Gesamtkonzeption auf den Weg gebracht. Immerhin verfügt die Stadt über 1800 Hektar Acker. Eine Fläche kann künftig pachten, wer anhand eines Kriterienkatalogs die meisten Punkte erhält. Gemeinsam mit SPD und Grünen haben wir mehrere Seiten Änderungsanträge eingereicht, um diesen Katalog ökologischer und sozialer zu gestalten.



Jetzt gilt es den Blick nach vorne zu richten. Als nächstes ist ein Teilkonzept für die Stärkung regionaler Wertschöpfung geplant, damit die regionalen, nachhaltigen und gesunden Lebensmittel auch ihren Weg zu den Leipzigerinnen und Leipzigern finden und für alle bezahlbar werden.

Unser Ziel als LINKE ist klar: Wir wollen, dass die Landwirte von ihrer Arbeit leben können, dass die Natur nicht vor die Hunde geht und dass gesunde Lebensmittel nicht länger eine Frage des Geldbeutels sind. ■

Zukunft der Alten Messe: Ist das kluge Ansiedlungspolitik?



Dr. Olga Naumov
Sprecherin für Wissenschaft und Digitales

1913 begann die Geschichte des Alten Messengeländes in Leipzig. Zweimal jährlich traf sich die Welt zu den Frühjahrs- und Herbstmessen.

Heute ist die „Alte Messe“ eine Mischung aus traditionsreichen Messehallen und unbebauten Freiflächen mit Entwicklungspotenzial. Aufgrund der zentralen Lage beschloss man 2014, den Standort für den Wissens- und Technologietransfer zu entwickeln und demzufolge Flächen für die Unternehmen und Forschungseinrichtungen der Bio- und Medizintechnologie zu sichern. Dieses Ziel wurde 2014 im INSEK 2030 festgehalten und in den Eigentümerzielen des Liegenschaftsverwalters LEVG der Alten Messe festgelegt.

Seitdem konnte die Stadt erfolgreich die Bio City Leipzig aufbauen und das Fraunhofer Institut zur Zelltherapie und Immunologie ansiedeln. Es wurden mehr als 5.000 Arbeitsplätze geschaffen – allerdings nur 2.000 im Bereich Life Sciences. Der Rest verteilt sich auf Möbelhäuser, einen Baumarkt usw.

Mit Blick auf den nach wie vor schwachen Wirtschaftsstandort Leipzig ist der Ansiedlung von Einkaufshäusern anstelle von Forschungseinrichtungen auf einem Filetstück höchst fraglich und zeugt von fehlender Wirtschaftsstrategie.

Als Fraktion haben wir bei der Stadt nachgefragt: Ist das ambitionierte Ziel, die Flächen für die Life Sciences zu entwickeln, noch haltbar? Leider nur mit großer Anstrengung: Die Flächen sind nur noch in begrenztem Umfang verfügbar und zum Teil mit Denkmalschutz belegt, sodass die Entwicklung der verbliebenen Flächen und Hallen sich als unwirtschaftlich darstellt. Deshalb fordern wir in einem Antrag von der Stadt Leipzig, weitere Flächen für Life Sciences zu reservieren und die Neuansiedlungen in die Hände eines erfahrenen, branchenspezifischen Standortvermarkters zu legen – denn scheinbar liegt der Fokus bei der Standortvermarktung der Alten Messe noch nicht auf der nachhaltigen Stadtentwicklung. ■

Wir können nicht mehr!



Beate Ehms
Sprecherin für Gleichstellung

Die alarmierenden Warnrufe erschallen immer öfter. Ob Kundgebung auf dem Burgplatz, Sicherheitskonferenz des Kommunalen Präventionsrates und Fachtag zu häuslicher Gewalt, ob öffentliche Aufrufe oder persönliche Briefe: Seit Monaten erreichen uns die dringenden Hilferufe der Gewaltschutzstrukturen hier in Leipzig. Es fehlt an allem. Die Sofortaufnahme, an neuem Ort, braucht Möbel, Drucker, Hygieneprodukte. Und vor allem brauchen alle Stellen mehr Personal. In Leipzig hat es im Vergleich zu 2021 innerhalb eines Jahres einen Anstieg von 20 Prozent an registrierten häuslichen Gewalttaten gegeben. Wir wissen, dass die Dunkelziffer deutlich höher ist.

Dazu hat die Linksfraktion zusammen mit der Fraktion B90/Die Grünen im September einen Antrag eingereicht: Ziel ist nicht mehr und nicht weniger als die Umsetzung der Istanbul-Konvention in Leipzig. Wir fordern, den Gewaltschutz bedarfsgerecht auszubauen und die aktive Prävention von Femiziden zu stärken. Hierzu müssen die personellen und räumlichen Kapazitäten der Beratungsstelle KIS deutlich erweitert werden. Das Gleiche gilt für die Zentrale Sofortaufnahme der Frauen*- und Kinderschutzeinrichtungen. Es muss künftig sichergestellt sein, dass es in der Tagesschicht eine Doppelbesetzung in der Sozialarbeit gibt. Auch eine Erzieherin mehr bei der Betreuung der Kinder wird unbedingt benötigt, denn auch die Kinder haben viel Leid (mit-)erlebt und brauchen geschulte Unterstützung. Selbstverständlich erwarten wir vom Oberbürgermeister auch, dass er sich auf Landes- und Bundesebene für die Belange des Gewaltschutzes einsetzt. ■

Mandy Gehrt
Sprecherin für Kultur

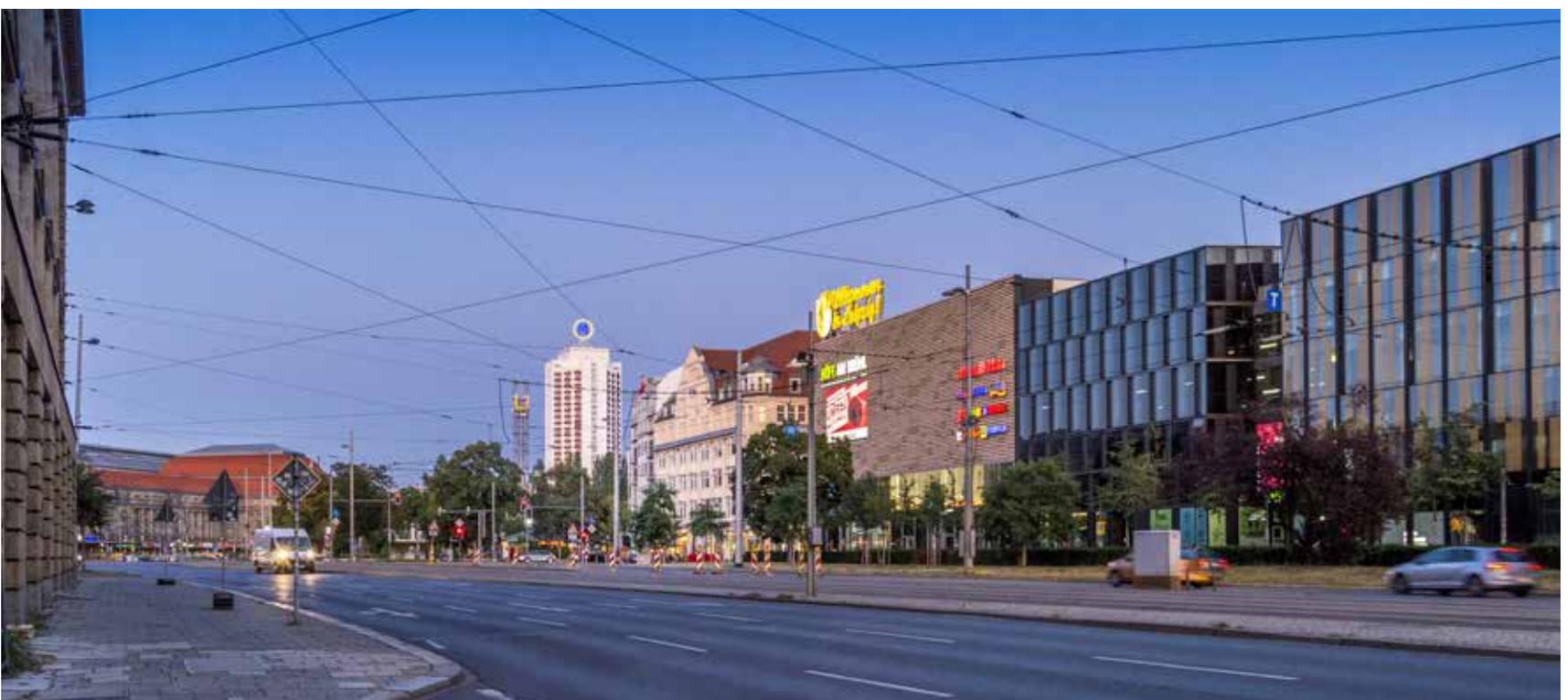
Im Oktober beschloss der Stadtrat, dass bis Ende 2024 ein Atelierprogramm zum Erhalt und zur Schaffung von Atelierräumen in Leipzig erarbeitet wird. Unsere Fraktion hatte schon 2017 darauf aufmerksam gemacht, dass die Nachfrage die Angebote an bezahlbaren Räumen übersteigt und ein Prozess der Verdrängung von Künstler:innen aus dem innenstadtnahen Raum an die Stadtränder zu beobachten ist. Die Lage hat sich weiter verschärft: Zum Jahresende 2023 wurden zahlreiche Ateliers in der Erich-Zeigner-Allee gekündigt, bei jeder Neuvermietung klettern die Preise nach oben. Mit dem aktuellen Beschluss ist die Stadt aufgefordert, ein Programm mit unterschiedlichen Maßnahmen zu erarbeiten, um dieser Entwicklung entgegenzusteuern. Die Handlungsansätze reichen von der Sicherung bestehender Ateliers in privaten

Endlich ein Atelierprogramm für Leipzig!



Objekten, der Schaffung neuer Ateliers in kommunalen Gebäuden, bei städtischen Gesellschaften und in privaten Immobilien über die Kooperation mit gemeinwohlorientierten Trägern oder einer räumlichen Koexistenz von künstlerischen und sozialen Nutzer:innen bis hin zu Bauauflagen bei Neubauvorhaben.

Leipzig hat noch geeignete städtische Immobilien. Wir haben deshalb der Verwaltung eine Liste mit konkreten Objekten vorgeschlagen, die jetzt schon geprüft und künftig für Atelierräume nutzbar gemacht werden können. Dazu zählt der Kohlrabizirkus, das Schloss im Robert-Koch-Park, eine ehemalige Kita und die Alte Post in Grünau. Natürlich gibt es weitere Objekte und Maßnahmen, an deren Entwicklung und Umsetzung wir gemeinsam mit Akteur:innen, Künstler:innen und der Verwaltung arbeiten werden, denn: Wir wollen Künstler:innen in der Kulturstadt Leipzig halten! ■



Kita: Jetzt ist die Zeit für Qualität!



William Rambow
Sprecher für Kinder und Jugend

Bauen, bauen, bauen! Das war über Jahre die Devise, wenn es um Kitas in Leipzig ging. Schön also, dass wir inzwischen einen Zustand haben, dass sich Eltern einen Kitaplatz tatsächlich aussuchen können und nicht darum betteln müssen. Was nun? Ausruhen ist nicht angesagt.

Auf die Bauoffensive muss nun eine Qualitätsoffensive folgen. Sie ist nötig, damit Kitas – statt bloße Verwahranstalten zu sein – ihrem Anspruch als Bildungseinrichtung gerecht werden. Allem vorangestellt braucht es einen besseren Betreuungsschlüssel. Hier ist besonders die Landesebene gefragt.

Die Stadt Leipzig kann die stagnierende Nachfrage nach Kita-Plätzen aber auch als Chance begreifen: Indem Sie bei sinkenden Kinder-Zahlen die Zahl der Erzieher:innen stabil hält, kann sie den Fachkräften ermöglichen, sich intensiver um die Kinder zu kümmern.

Ein verringerter Betreuungsschlüssel ist auch nötig, um dem grassierenden Fachkräftemangel zu begegnen. Attraktiv kann die Arbeit in der Kita nur sein, wenn dabei die tatsächliche pädagogische Arbeit im Vordergrund stehen kann.

Daneben müssen Unterstützungsangebote in Kita ausgebaut werden: Sprach-Förderung, Kita-Sozialarbeit, Familienhilfe... Zudem müssen wir die Konzepte in den Blick nehmen. Insbesondere der kommunale Träger ist am Zug, innovative Angebote in seinen Kitas zu schaffen, um mit gutem Beispiel voranzugehen. Als Fraktion Die Linke im Stadtrat gehen wir all diese Aspekte mit Anträgen und Ideen an. ■

Staatlich gefördertes Azubi-Wohnen für Leipzig!

Juliane Nagel
Sprecherin für Kinder, Jugend und Migration

Auch die wachsende Gruppe der Auszubildenden ist in Leipzig vom Mangel an bezahlbarem Wohnraum betroffen. Eine Unterstützung durch staatliche Förderung – vergleichbar mit den Studentenwerken, die Studierendenwohnheime betreiben – fehlt allerdings. Der Bund hat mit dem Programm „Junges Wohnen“ unlängst eine Möglichkeit der Förderung des studentischen Wohnens und des Wohnens für Auszubildende geschaffen.



Bisher verwendet das Land Sachsen die Mittel im Volumen von 32,38 Millionen Euro ausschließlich für den Wohnraumbedarf von Studierenden. Das ist richtig und wichtig – als LINKE wollen wir aber, dass auch Auszubildende profitieren. Wir schlagen darum mit einem Antrag vor, ein Modellprojekt für ein Kommunales Wohnheim für Auszubildende zu schaffen.

Wenn Leipzig von den steigenden Schulabgänger:innenzahlen für den lokalen und regionalen Arbeitsmarkt profitieren will, müssen bessere Bedingungen geschaffen werden. Vor allem Auszubildende aus nicht finanzkräftigen Familien und bisher nicht in Leipzig und Umgebung wohnhafte potenzielle Auszubildende benötigen Unterstützung.

Mit einem städtisch initiierten Azubiwohnheim, beispielsweise nach Vorbild der Stadt München, wollen wir ein Modell- und Leuchtturmprojekt schaffen, das der schwierigen Lage von Azubis auf dem Wohnungsmarkt Rechnung trägt. Dies ist auch aufgrund des Fachkräftemangels geboten. Für den Betrieb des Wohnheims soll ein solidarisches Finanzierungsmodell verschiedener Akteur:innen entwickelt werden, in das dringend auch hiesige Unternehmen einzubeziehen sind. Sie profitieren schließlich davon, dass sich junge Menschen für eine Ausbildung entscheiden. ■

Jugendtreff-Schließung? Nicht mit uns!

Dr. Adam Bednarsky
und **Steffen Wehmann**



Die geplanten Schließungen von Jugendtreffs sind insbesondere nach den gesellschaftlichen Belastungen der Corona-Zeit und der wachsenden sozialen Schieflage, unter anderem durch die stark gestiegenen Preise, eine schlechte Idee, zumindest, wenn es nach der Fraktion Die Linke im Leipziger Stadtrat geht. Gerade jetzt ist es notwendig, dass diese vor allem in den sozial schwächeren Ortsteilen erhalten bleiben. Oft ist es aus finanziellen Gründen für die Kinder und Jugendlichen die einzige Anlaufstelle außerhalb der Schule und des Elternhauses, um sich auch kreativ betätigen zu können.

Deshalb haben wir in den letzten Monaten Mehrheiten für unseren Antrag „Freiräume für

junge Menschen sichern!“ gesucht und gefunden bzw. im Vorfeld der Entscheidung die Jugendtreffs in Thekla und Grünau gerettet. Jetzt gibt es eine gute Perspektive, den bereits geschlossenen Jugendtreff in Böhlitz-Ehrenberg und die KiJuWe im Herzen von Connewitz fortzuführen – gegebenenfalls auch mit einem geänderten Konzept.

Wir müssen feststellen, dass die Kommunikation im Förderverfahren für die Kinder- und Jugendarbeit für viele Beteiligte unbefriedigend war. Die Träger der von Schließung betroffenen Einrichtungen wurden vor vollendete Tatsachen gestellt. Für die Zukunft fordern wir als Linksfraktion in diesem Bereich mehr Fairness und Transparenz. Wir halten es für essenziell, gerade in Zeiten von Krisen, Konflikten und sozialen Verwerfungen, Angebote für Kinder und Jugendliche in unserer Stadt zu erhalten und auszubauen. ■



Kosten der Unterkunft neu aufstellen



Matthias Weber
Sprecher für Wohnen
und Stadtentwicklung

Mit den Kosten der Unterkunft (KdU) ist es wie mit dem Sprichwort „Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel“. Das trifft insbesondere auf die Angebotsmieten zu. Ist ein Umzug erforderlich, braucht es mehr als das Quäntchen Glück, um den Mietvertrag der neuen Wohnung inklusive der Zustimmung des Jobcenters unterschreiben zu können. Sieht man von der unnötigen Hürde ab, für jedes Exposé das Jobcenter um Erlaubnis zu fragen, stellt die Herausforderung, eine geeignete Wohnung im Rahmen der KdU zu finden, die sprichwörtliche Suche der Stecknadel im Heuhaufen dar.

Hartz IV alias Bürgergeld funktioniert nicht in angespannten Wohnungsmärkten

Dass es so nicht weitergehen kann, hat die Linksfraktion schon lange erkannt. Leider ist es dem Stadtrat verwaltungsrechtlich nicht erlaubt, direkt auf die Richtwerte der Kosten der Unterkunft Einfluss zu nehmen. Aus diesem Grund haben wir 2021 im Stadtrat auf einen Beschluss hingewirkt, dass die Berechnungsgrundlage der KdU gutachterlich überprüft werden muss. Leider hat es die Stadtverwaltung bisher versäumt, so weit an dem Thema zu arbeiten, dass dem Stadtrat Ergebnisse vorgelegt werden können. Aufgrund der hiesigen Niedriglohnsituation sind im Bundesvergleich relativ viele Haushalte in Leipzig von der schlechten Sozialpolitik in Berlin betroffen. Für die Linksfraktion im Stadtrat ist das nicht hinnehmbar – wir beharren auf das Gutachten zu den Kosten der Unterkunft. Sollten sich daraus weitere Ansätze für eine Verbesserung der Situation von Leistungsempfänger:innen ergeben, so werden wir als Fraktion diese konsequent verfolgen. ■

Marco Götz
Sprecher für Schule

Leipzig hat enorme Herausforderungen im Schulbau zu bewältigen. Die Verfahren um Bedarfe, Planungen, Bau und Finanzierung begleitet die Linksfraktion aktiv, konstruktiv und zugleich – wo es Not tut – kritisch. Zur Schullandschaft gehört, dass Schulen einen Namen tragen sollen. Leider ist in den letzten Jahren, neben vielen guten Benennungen, auch die Tendenz sichtbar geworden, dass traditionell verankerte Namen des linken Widerstandskampfes gegen das Dritte Reich im Zuge von Veränderungen von Schulstrukturen wie Schulumzügen und Neubauten mehr und mehr aus den Schulnamen verschwinden. Namen mutiger Menschen – einige davon Leipziger, die für ihren Widerstand sogar mit dem Leben bezahlten – werden abgelegt, wie der Georg Schumanns. Sie sind nur noch Teil des Namenspools für mögliche Benennungen und ihrer wird allenfalls noch randständig gedacht.

Schulnamen des Widerstandes erhalten

Auch wenn umziehende Schulen nachvollziehbare Gründe für eine Neubenennung haben – die Tendenz kann für die Gesamtstadt nicht gut sein. Die Namen Hans und Hilde Coppi, Arthur Hoffmann und Georg Schumann, die für ein unbeugsames Gewissen stehen, waren über viele Jahre akzeptierte Schulnamen. Wir haben uns stets dafür eingesetzt, sie gerade in unserer Zeit zu würdigen. Der Widerstand gegen das Naziregime war politisch vielfältig. Auch wenn er in der Vergangenheit eingeeengt betrachtet wurde, soll darauf nicht umgekehrt die schleichende Tilgung der Erinnerung an den linken Widerstand folgen, dessen Namen Schulen gewiss zur Ehre gereichen würden. ■



Geplante Investitionen der Stadt Leipzig endlich beschleunigen

Steffen Wehmann
Sprecher für Finanzen

Die Stadt Leipzig verzeichnet einen traurigen Rekord: Noch nie wurde ein so hohes Investitionsvolumen wie im Jahr 2022 nicht umgesetzt. Fast eine halbe Milliarde Euro (475,6 Millionen Euro) steht auf der Negativseite die sich aus Projekten von 2022 und der Vorjahre zusammensetzt.

Ein Dilemma, das die Fraktion Die Linke seit zehn Jahren kritisch begleitet. Zwar stiegen die geplanten jährlichen Investitionen von 193,0 (2013) auf 295,8 Millionen Euro (2022) – ein Plus von 53 Prozent. Allerdings wuchs das Volumen nicht umgesetzter Investitionen im Vergleichszeitraum um 341,1 Millionen Euro, das bedeutet einen Zuwachs von 254 Prozent!



Die Folgen: verspätete Fertigstellungen, Investitionsverschiebungen von Schulen, Kitas, öffentlicher Infrastruktur wie die Sanierung von Straßen und Brücken, Fußwegen und Fahrradwegen und auch gemeinsamer Bauvorhaben der Leipziger Verkehrsbetriebe mit der Stadt.

Ein Aspekt darf hier nicht vergessen werden: Bei Baupreissteigerungen in den letzten Jahren von mehr als zehn Prozent pro Jahr erhöhen sich auch die finanziellen Ausgaben der „verspäteten“ Projekte. Nur für die nicht umgesetzten Maßnahmen in 2022 bedeutet dies Mehrkosten von mindestens 50 Millionen Euro allein im Folgejahr. Dies sind mehr Mittel, als das Verkehrs- und Tiefbauamt der Stadt für den Bau bzw. die Sanierung der Verkehrsinfrastruktur in diesem Jahr insgesamt ausgeben wird.

Daher ist die Verwaltungsspitze dringend aufgefordert, endlich die strukturellen Voraussetzungen sowie die personellen Einstellungen umzusetzen und vorzunehmen, damit sich die Probleme um die investive Umsetzung der geplanten Projekte nicht noch weiter verschärfen. Dies ist umso dringender, da die Haushaltslage der Stadt in den nächsten Jahren auch mit den zusätzlichen Aufgaben – u.a. der „Kommunalen Wärmeplanung“ – kaum besser werden dürfte. ■

1,5 Millionen Euro mehr Investitionen für den Sport

Oliver Gebhardt
Sprecher für Ordnung

Jahr für Jahr schauen die Leipziger Sportvereine bei der Investitionsförderung des Freistaates in die Röhre. Nur wenige Vereine hatten das Glück, in der Fördermittellotterie Sachsen ein paar Euro abzugreifen. Dadurch reichten die kommunalen Mittel für Investitionen bisher aus. Bei Großmaßnahmen konnten geförderte Vereine sich darauf verlassen, dass der Freistaat und die Stadt Leipzig jeweils ein Drittel der beantragten Summe bereitstellen.

Just vor der anstehenden Landtagswahl 2024 wurden die Leipziger Sportvereine im Kalenderjahr 2023 überdurchschnittlich häufig mit Fördermitteln für ihre beantragten Projekte ausgestattet. Die Folge: Die Gelder in der Investitionsförderung der Stadt sind aufgebraucht. Ohne die fehlenden 1,5 Millionen Euro der Kommune ist es den ehrenamtlich geführten Vereinen jedoch faktisch unmöglich, ihre Vorhaben umzusetzen. Der Antrag der LINKEN und der SPD wird den Stadtrat nun vor die Wahl stellen: Stocken wir unser Investitionsbudget um die fehlende Summe auf und fördern die Leipziger Sportlandschaft und das Ehrenamt oder verhindern wir Investitionen der Vereine?

Angesichts des enormen Modernisierungsbedarfes wäre Letzteres fahrlässig. Alle Fraktionen predigen regelmäßig, wie wichtig der Sport sei und welche gesellschaftliche Verantwortung er doch trage: Inklusion, Integration, Teilhabe und Co. werden von Politiker:innen gern ins Wort gehoben. Wer diese Worte ernst meint, wird um unseren Antrag für mehr Investitionsmittel für den Sport nicht herumkommen. Der Ball über diese Entscheidung liegt nun beim Stadtrat. ■



Spenden

Wir denken: Solidarität muss praktisch werden! Daher geben Mitglieder der Fraktion jeden Monat einen Teil ihrer Aufwandsentschädigung in einen Spendenfonds, aus dem unkompliziert soziale Projekte unterstützt werden können.

In 2023 aus dem Fonds überwiesene Mittel:

- **Hilfsverein Nächstenliebe** 200,- Euro
- **Heyva Sor a Kurdistane e.V. für die Opfer der Erdbeben** 1000,- Euro
- **Spende zur Unterstützung des Feministischen Streiks am 8. März** 200,- Euro
- **Elternhilfe für krebskranke Kinder e.V.** 100,- Euro
- **Projekt Lenes Tauscho** 100,- Euro
- **Spende für einen Theaterbesuch für ukrainische Kinder** 100,- Euro
- **Ev. Luth. Kirchebezirk für Aktion Federmappe** 200,- Euro
- **St. Georg Leipzig Haus Schönefeld** 250,- Euro
- **DRK Akademischer Kreisverband e.V. Wohngruppe Erich-Zeigner-Allee 38** 200,- Euro
- **Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. Regionalverband Leipzig/Nordsachsen** 100,- Euro
- **Ökumenisches Wohnprojekt Leipzig e.V.** 200,- Euro
- **Gartenverein Lerchenhain** 200,- Euro
- **Filmkollektiv Le-Je** 200,- Euro
- **Erich-Zeigner-Haus e.V.** 500,- Euro

Ihr benötigt Geld für euer Projekt?
Wenden Sie sich gern mit einem formlosen Antrag, Kontakt- sowie Kontodaten an:
linksfraktion@leipzig.de

Unterwegs



Oben: **Zu Besuch beim Heizkraftwerk Süd**

Als erstes Kraftwerk in Deutschland ist das HKW Süd der Leipziger Stadtwerke voll Wasserstoff-fähig. Allerdings wird das 2023 eröffnete Kraftwerk aktuell noch bis ca. 2025 mit Erdgas betrieben.

Rechts: **Richtfest Schwimmhalle Ost**

Am Rabet entsteht eine neue Schwimmhalle für den Leipziger Osten. Als Fraktion kämpfen wir schon lange für eine Erweiterung des Angebots. Hier passiert nun der erste wichtige Schritt!



Impressum

Herausgeberin:
Fraktion Die Linke
im Leipziger Stadtrat

Geschäftsstelle Neues Rathaus
Zimmer 186
04092 Leipzig

Geschäftsführer: Enrico Stange

Telefon (0341) 123-2150
Fax (0341) 123-2155
Mail linksfraktion@leipzig.de
www.linksfraktion-leipzig.de

V.i.S.d.P. Sören Pellmann
Redaktionsschluss 01.11.2023
Bildnachweis Birthe Kleemann,
William Rambow, pixabay
Gestaltung William Rambow

Die Linke

Fraktion im
Leipziger Stadtrat



Stefan Nagel

Arbeiter in der Industrie

Die Unterstützung von lohnabhängig Beschäftigten in ihren Auseinandersetzungen mit der Kapitaleseite ist ein zentraler Bestandteil Linker Politik. Wir sind oft und gerne an den Streikposten. Es ist uns wichtig, die Realität der Menschen, für die wir Programme schreiben, im Blick zu haben. Die teilweise haarsträubenden Berichte aus ihrer Arbeitswelt lassen dabei niemanden kalt. Sie geben Motivation und Kraft. Doch wofür? Für das politisch Machbare innerhalb des vom Kapitalismus zugelassenen Handlungsspielraums? Oder für eine klare Systemkritik und dem Erarbeiten von Alternativen? Hier muss das Pendel viel öfter zu Letzterem ausschlagen. Denn dort, wo die Möglichkeiten der Gewerkschaften und Betriebsräte und somit des Arbeitskampfes enden, muss Linke Politik weiter gehen.

Ich möchte dies an einem Beispiel beschreiben. GKN Driveline in Zwickau. Ein Zulieferer für die Automobilindustrie mit jahrzehntelanger Geschichte am Standort und nach wie vor schwarzen Zahlen. Inzwischen gehört das Unternehmen einer Investmentgesellschaft, welche die Produktion ins billigere Ausland verlagern will. Der Betrieb und 835 tarifgebundene Arbeitsplätze würden unwiederbringlich aus Zwickau verschwinden. Die sächsische Landesregierung hat erfolglos beim Vermitteln neuer Investoren geholfen. So blieb der IG Metall nichts anderes

Arbeits- oder Klassenkampf?

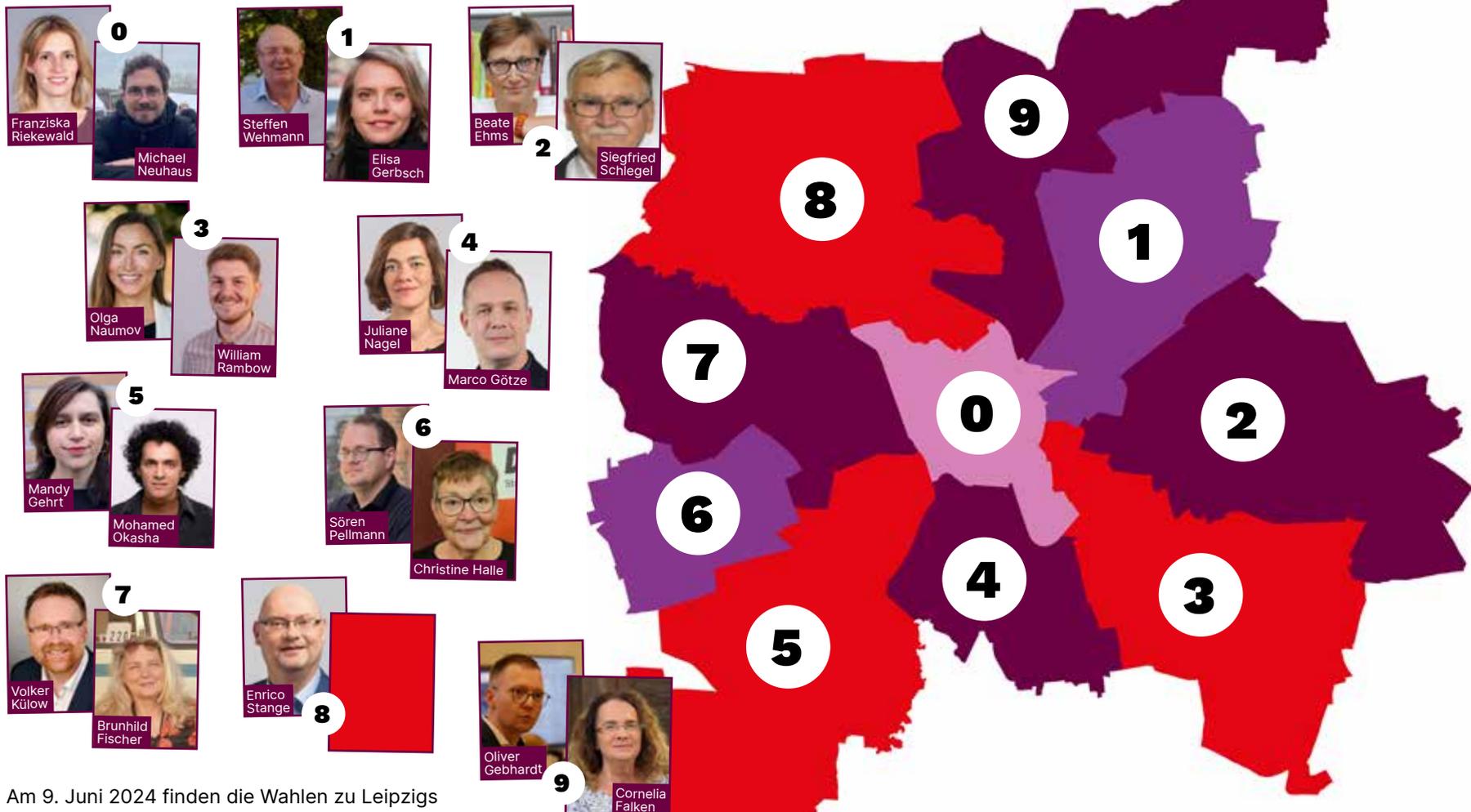
Die Linke zwischen Reform und Revolution

übrig, als die Bedingungen der Abwicklung zu verhandeln. Aber auch, wenn man neue Investoren gefunden hätte, muss man die Frage stellen, was das für die Beschäftigten dann bedeutet. Wir brauchen Konzepte, mit denen der Freistaat in diesen Fällen einspringt. Entweder als Arbeitgeber, der die Produktion, eingebettet in eine Strategie zur Mobilitätswende, umstellt ODER die Beschäftigten dabei unterstützt, ihr Unternehmen in Eigenregie weiterzuführen. Also Vergesellschaftung oder Produktionsgenossenschaft! Um solche Konversionskonzepte umsetzen zu können, müssen wir die Beschäftigten stärker in politische Prozesse einbinden, denn bei ihnen liegt die Expertise in ihren Bereichen. Dazu reicht es eben nicht, nur am Werkstor zu stehen, wenn es brennt. Auch im "normalen" Betrieb müssen wir hinter den Werkstoren wirken und Vertrauen aufbauen können.

Dies gelingt nur, wenn Linke sich immer wieder in die politischen Diskussionen in den Pausenräumen oder Raucherinseln einmischen können. Hier müssen sie die kapitalistischen Mechanismen hinter den Sorgen, Ängsten und Nöten der Kolleg*innen offenlegen, die Profiteure benennen und sozialistische Modelle als Gegenentwurf zum Kapitalismus anbieten können. Es gibt diese Linken in der Arbeitswelt. Wir müssen sie mobilisieren, bilden, unterstützen, in die politische Arbeit einbeziehen und so zu Multiplikatoren machen. Multiplikatoren in beide Richtungen! Ich bin seit 25 Jahren Arbeiter und seit 2 Jahren aktiv in der Linken. Dass ich in den Landesvorstand der Linken gewählt wurde, zeigt, dass Die Linke diesen Weg gehen will. ■

Sozial, Solidarisch, Stark.

Zukunft gerecht gestalten!



Am 9. Juni 2024 finden die Wahlen zu Leipzig Stadtrat und den Ortschaftsräten statt. Zu diesen treten wir wieder mit einem starken Team an. Unsere vom Stadtvorstand nominierten Spitzenkandidat*innen sehen Sie oben. Seit den letzten Kommunalwahlen 2019 ist in unserer Heimatstadt die Verflechtung globaler Einflüsse mit lokalen Herausforderungen spürbar enger geworden als jemals zuvor – davon zeugen nicht nur die Corona-Pandemie, der Ukraine-Krieg, die Energiekrise und der rasch voranschreitende Klimawandel.

Damit behalten Kommunalpolitik sowie Landes- bzw. Bundespolitik zwar ihre jeweilige Spezifik, doch viele gegenseitige Abhängigkeiten wirken enger und unmittelbarer. So werden die Städte immer spürbarer vom Klimawandel und den weltweiten Migrationsbewegungen erreicht, Konzernentscheidungen über globale Lieferketten betreffen die lokale Wirtschaft ohne zwischenliegende Puffer.

Viele Leipzigerinnen und Leipziger spüren darüber hinaus, wie die rücksichtslose Umverteilung von unten nach oben in der Bundesrepublik weiter vorangetrieben wird, und schauen angesichts der vielfältigen Krisen weniger

zuversichtlich in die Zukunft: Insbesondere die Ängste und Unsicherheiten wegen der Mietentwicklungen und der stark steigenden Lebenshaltungskosten nehmen nachweislich zu. Diese Entwicklungen beinhalten eine zutiefst soziale Komponente und die Notwendigkeit, vor allem diejenigen Mitglieder der Gesellschaft zu unterstützen und zu selbstbewusstem Handeln zu befähigen, die auf solche politisch-praktischen Impulse angewiesen sind. Die Leipziger Linke behauptet damit ihre klare und eindeutige kommunalpolitische Position einer alternativen Gestaltungspartei.

In der nächsten Wahlperiode, die fast bis an das Schwellenjahr 2030 reicht, bleibt für eine starke Linke als Sachwalterin fortschrittlicher bürger-schaftlicher Interessen viel zu tun. Leipzig befindet sich zwar demografisch und auch wirtschaftlich weiterhin auf einem moderaten Wachstumspfad, die kommunale Haushaltssituation ist jedoch sehr angespannt. Knapp 35 Jahre nach der Wende beträgt der Anteil der von Armut Betroffenen weiterhin deutlich

über 20 Prozent. Kinderarmut und wachsende Altersarmut sind bittere Realität in unserer Stadt. Die Einkommen der meisten Leipzigerinnen und Leipziger hinken immer noch vergleichbaren Städten im Westen hinterher und sind selbst im sächsischen Vergleich keineswegs führend.

Angesichts dieser kritischen Entwicklungen gilt es, den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft unbedingt zu stabilisieren. Der Sozialbereich ist im Rahmen der von uns angestrebten sozial-ökologischen Transformation der Gesellschaft daher das zentrale Politikfeld der Linken und „Zukunft gerecht gestalten!“ folgerichtig unser Leitmotiv. Diesen Anspruch realisieren wir im steten Dialog mit der Leipziger Bevölkerung und mit enormer Präsenz vor Ort, denn der angestrebte Wandel ist nur zu erreichen, wenn alle progressiven gesellschaftlichen Kräfte einbezogen und sämtliche kreativen Potentiale der Stadtgesellschaft erschlossen werden. In diesem Sinne versteht sich das vorliegende Kommunalwahlprogramm, das mit engagierter externer Unterstützung entstanden ist, nicht nur als Wahl-, sondern auch als Arbeitsprogramm der Fraktion Die Linke im neuen Stadtrat. ■

„Jede soziale Maßnahme, jede Lohnerhöhung, jede Beteiligung **muss erkämpft werden.**“

Sachsens Linke zieht mit dem Spitzenduo Susanne Schaper und Stefan Hartmann in den Landtagswahlkampf 2024. Im Interview erläutern beide, wie sie den Freistaat gerechter machen wollen.



Frau Schaper, Herr Hartmann, die Kernkompetenz der Linken ist die soziale Frage. Derzeit bewegen eher die Themen Zuwanderung und Klimaerhitzung das Land. Schlechte Zeiten für Linke Politik?

Susanne Schaper: Im Gegenteil, das sind doch zutiefst soziale Fragen: Wie kommen wir auf gerechtem Wege ins Zeitalter sauberer und preiswerter Energieversorgung, ohne dass jemand finanziell überfordert wird? Wie sorgen wir dafür, dass ein gutes Leben für alle Menschen in Sachsen bezahlbar ist? Nicht zuletzt: Wie bekommen wir in Zukunft genug Fach- und Arbeitskräfte?

Stefan Hartmann: August Bebel schrieb in „Die Frau und der Sozialismus“: „Für den Kampf um den Fortschritt der Menschheit kann keine Kraft, und sei sie noch so schwach, entbehrt werden.“ Gerade also in dieser Zeit ist es für Linke Politik zwingend nötig, auf die gemeinsamen Interessen und damit die gemeinsame politische Arbeit aller zu setzen, für die ein Leben in Menschenwürde nicht nur für sich selbst erstrebenswert ist.

Wie soll Sachsen 2030 aussehen?

Schaper: Die Kinderarmut ist eingedämmt und am besten überwunden. Alle können gut von ihrem Lohn leben und müssen auch im Alter keine Angst vor Armut haben. Außerdem hat niemand mehr Angst davor, wegen Pflegebedürftigkeit in der Armutsfalle zu landen. Es gibt überall genug Arztpraxen, Polikliniken und Krankenhäuser.

Hartmann: Es ist die Regel, dass die Kinder länger gemeinsam lernen, anstatt nach der vierten Klasse sortiert zu werden. Nicht nur in diesen Gemeinschaftsschulen, sondern in allen Schulen und Kitas gibt es gesundes Mittagessen, das für die Eltern kostenfrei ist. In den Großstädten gibt es genug bezahlbaren Wohnraum und Energie ist preiswert, weil die erneuerbaren Quellen endlich ausgenutzt werden. Und natürlich: Die extreme Rechte hatte und hat nichts zu entscheiden.

Sie haben angekündigt, dass sich das Thema Industriepolitik als roter Faden durch das Wahlprogramm ziehen wird. Braucht Sachsen mehr rauchende Schornsteine?

Hartmann: Wir wollen, dass Industrie, Handwerk, Dienstleister und selbstverständlich auch Landwirte unter vernünftigen Bedingungen produzieren können. Daher ist der „rauchende Schornstein“ inzwischen eher ein Bild aus der Vergangenheit sogar in der Stahlindustrie. Wir halten es für klug und richtig, Energie so zu nutzen, dass wir unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte Welt hinterlassen.

Das Ziel der Linken heißt „gerechter Übergang“ – wohin und mit welchen Verbündeten?

Hartmann: „Gerechter Übergang“ ist ein Konzept, das insbesondere die Internationale Arbeitsorganisation ILO erarbeitet hat. Die unabweisbar notwendigen Veränderungen in der Art und Weise der Produktion werden darin verbunden mit Themen wie Tariftreue, Arbeitsplatz- und Standortgarantien, Beteiligung und öffentlichem Eigentum. Daher sind genau bei diesem Thema nicht nur die Gewerkschaften unser „Premiumpartner“, sondern die in den betreffenden Unternehmen arbeitenden Menschen, die etwa als Betriebsräte sehr genau wissen, was notwendig ist.

Es heißt landläufig: „Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es allen gut.“ Stimmt das?

Hartmann: Genau dieser Glaubenssatz aus der „Kirche des Heiligen Neoliberalismus“ kann doch inzwischen als praktisch widerlegt gelten. Die Anhäufung geradezu irr sinniger Reichtümer, die sich in den letzten Jahrzehnten beschleunigt hat, ist ja nicht nur eine soziale Ungerechtigkeit, sondern inzwischen demokratiegefährdend. Gerade als sozialistische Partei wissen wir, dass jede einzelne soziale Maßnahme, jede Lohnerhöhung, jede Beteiligung erkämpft werden muss. Der Interessengegensatz zwischen Kapitaleignern und arbeitenden Menschen bleibt grundlegend für unsere Politik.

Schaper: In vielen Bereichen stimmt das nicht. Das sehen wir zum Beispiel beim Thema Gesundheit: Es ist falsch, Krankenhäuser in einen wirtschaftlichen Wettbewerb zu zwingen. Dann sind sie einerseits gezwungen, Profit zu machen, und andererseits in Pleitegefahr. Konzerne können sich lukrative Geschäftsfehler aussuchen, während die Grundversorgung leidet.

Das erleben wir auch auf dem Wohnungsmarkt.

Schaper: Richtig. Es geht hier um Güter, auf die niemand verzichten kann: Hilfe im Krankheitsfall oder bezahlbaren Wohnraum. Es ist ein Problem, dass sich damit Geld verdienen lässt. Wir wollen mehr staatliche Regulierung, die dem Gemeinwohl nützt.

Was will Die Linke außerdem erreichen?

Schaper: Um beim Gesundheitsbereich zu bleiben: Krankenhausstrukturen dürfen nicht unkontrolliert wegbrechen. Wir fordern krankhausindividuelle Budgets, Gewinnausschüttungen wollen wir verbieten. Das Netz der Standorte für die ambulante und die Notfallversorgung muss engmaschig bleiben, auch mithilfe von Ganztags-Polikliniken.

Hartmann: Ein sächsisches Vergabegesetz, welches beispielsweise Tariftreue, Arbeitsplatz- und Standortsicherung thematisiert, muss unserer Auffassung nach auch den in unserer Region tätigen Handwerkern und anderen kleinen und mittelständischen Unternehmen reale Möglichkeiten geben, denn hier ist der Großteil der Beschäftigten tätig.

Was ist nötig, damit Sie am Wahlabend am 1. September ein zufriedenes Gesicht machen?

Schaper: Ich würde mich freuen, wenn besonders viele Leute in Sachsen zur Wahl gegangen wären – insbesondere junge Menschen.

Hartmann: Ein Ergebnis, dass Die Linke stabil zeigt und den Menschenfeinden von Rechts die Grenzen aufzeigt. ■

Susanne Schaper

geboren 1978 in Karl-Marx-Stadt, verheiratet, drei Kinder, Krankenschwester und Dipl.-Pflegerin (FH). Themen im Landtag: Soziales, Gesundheit, Pflege, Tiererschutz, Rettungswesen, Familie, Arbeitsmarkt.

Stefan Hartmann

geboren 1968 in Erfurt, verheiratet, zwei Kinder, wissenschaftlicher Mitarbeiter. Mitglied im Parteivorstand Die Linke, Mitglied der internationalen Kommission von Die Linke.

Gemeinsam mit Ihnen: Leipzig bleibt rot – trotz alledem!

Eine starke Linke ist gut für unsere Stadt Leipzig und wir wollen das in uns gelegte Vertrauen auch weiter unter Beweis stellen. Die vielen Krisen in der Welt gehen an Leipzig nicht spurlos vorbei und prägen auch die Kommunalpolitik. Bei der Lösung dieser Aufgaben ist uns der enge Kontakt zu Ihnen wichtig. Wir sind als Stadtratsfraktion und Partei jeden Tag ansprechbar. Die soziale Gerechtigkeit ist und bleibt im Zentrum unserer Politik. Verhindern oder Ermöglichen? Stadt für alle oder für wenige? Im nächsten Jahr entscheiden die Leipzigerinnen und Leipziger wieder, wohin unsere Stadt

sich bewegen soll. Dabei möchten wir nicht Politik für Sie, sondern mit Ihnen machen. Der Entwurf unseres Wahlprogramms 2024 steht unter dieLinke-leipzig.de zur Diskussion bereit. Wir sind gespannt auf ihre Meinung: Welche Themen sind wichtig? Was beschäftigt Sie? Gibt es etwas, das nicht fehlen darf? Die Linke heißt mitmachen - melden Sie sich gerne bei uns: Wir freuen uns über Ihre Zuschrift an le.konkret@dieLinke-leipzig.de oder Ihren Anruf unter 0341/14064411. Und natürlich können Sie uns auch einen Brief schreiben. Wir sind gespannt auf Ihre Anregungen und Meinungen. ■



Gewinne, Gewinne, Gewinne!

Senden Sie Ihre Antwort bis zum 1. Februar 2024 per E-Mail an le.konkret@dieLinke-leipzig.de oder postalisch an die Fraktion Die Linke im Stadtrat und gewinnen Sie attraktive Buchpreise.

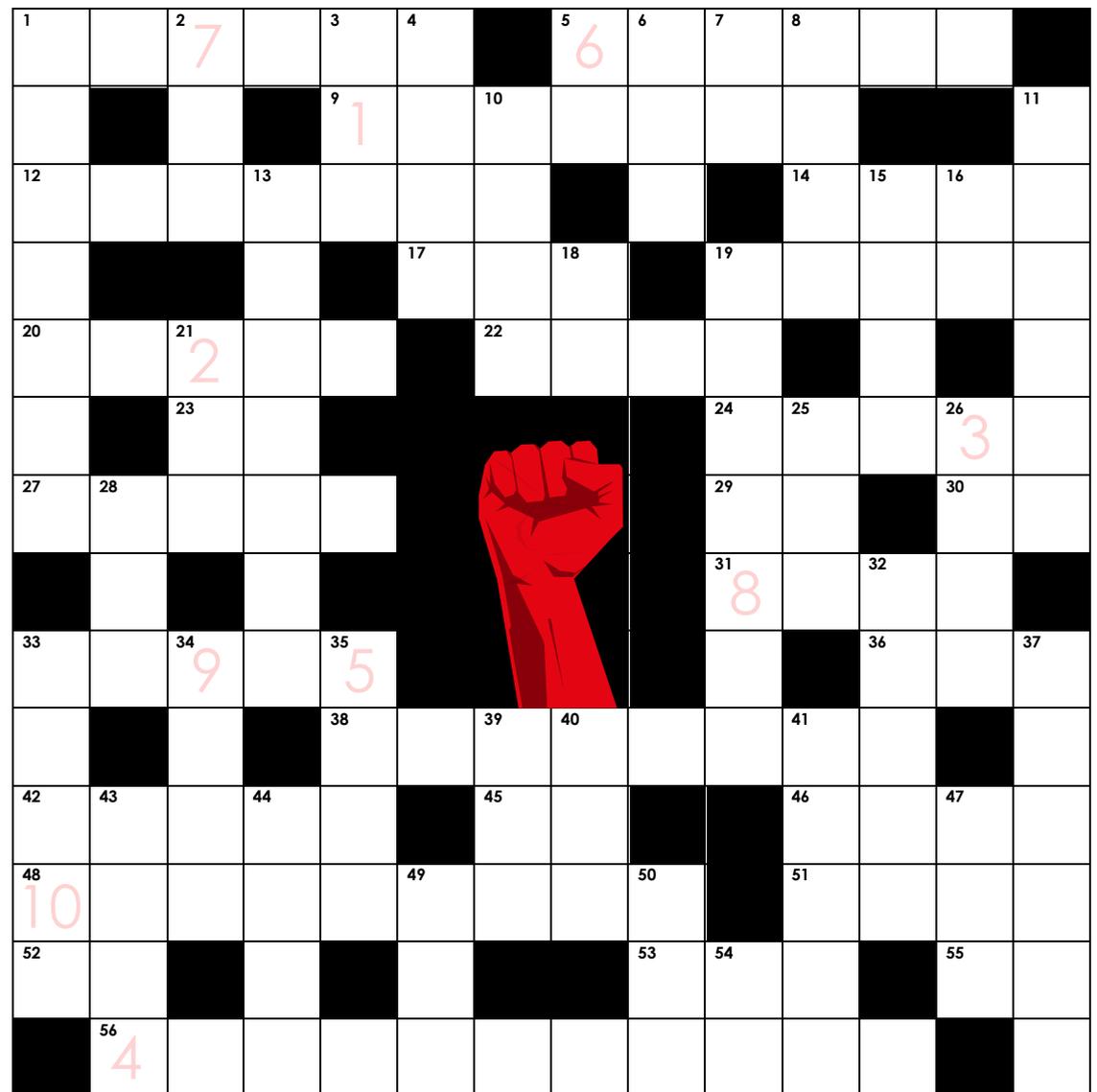
Waagrecht:

- 1) Leipziger Bürgermeister und Baumeister (1497-1580); 5) gemeinnützig, hilfsbereit, wohlützig; 9) deutscher Politiker, Publizist, Sozialist, Dramatiker (1846-1919); 12) Stadt im Süden Japans (Satsuma-Halbinsel); 14) hawaiianische Insel im Zentralpazifik; 17) armenisch-türkische Ruinenstadt; 19) bedeutender Leipziger Bankier, Handelsherr und Ratsherr (1715-1781); 20) deutscher Komponist, Organist und Kapellmeister, Lehrer van Beethovens (1748-1798); 22) französischer Schriftsteller, Maler und Journalist (1840-1902); 23) chemisches Symbol für Rutherfordium; 24) Landgemeinde im Nordosten Polens; 27) österreichischer Entomologe und Lepidopterologe (1887-1945); 29) chemisches Symbol für Lawrencium; 30) Buchstabe, Umlaut; 31) Stadt und Landkreis in der Schwarzmeerregion der Nordtürkei; 33) deutscher Widerstandskämpfer und KPD-Politiker (1894-1936); 36) Nebenfluss der Wolga; 38) Leipziger Politiker und Bundestagsabgeordneter (Partei Die Linke); 42) Bundesstaat im Nordwesten der USA; 45) chemisches Symbol für Europium; 46) italienische Insel im Mittelmeer; 48) sowjetische Kosmonautin, die erste Frau im Weltall; 51) deutscher Komponist (DDR) von Film- und Bühnenmusiken (1932-1979); 52) Präposition, geschlossen; 53) poetisch, gehoben für Adler; 55) chinesischer Kreis der Stadt Linfen (Provinz Shanxi); 56) politische und ökonomische Weltanschauung, Vorstufe des Kommunismus

Senkrecht:

- 1) in Leipzig geborener Universalgelehrter (1646-1716); 2) feuchter Niederschlag; 3) flugunfähiger australischer Laufvogel; 4) Fluss in Kroatien, Slowenien und Italien; 5) chemisches Symbol für Strontium; 6) Küstendorf auf der griechischen Ägäisinsel Santorin; 7) chemisches Symbol für Zink; 8) Titelfigur einer Oper von Borodin; 10) deutscher Kommunist und Kommandeur des Thälmann-Bataillons im Spanischen Bürgerkrieg (1900-1937); 11) deutscher Maler und Graphiker der Leipziger Schule (1929-2004); 13) deutscher Bildhauer und Medailleur aus Leipzig (1861-1932); 15) Zeitalter, Ewigkeit; 16) chemisches Symbol für Quecksilber; 18) Geliebte des Zeus, Tochter des Flussgottes Inachos; 19) deutscher Schriftsteller (1893-1947); 21) Berg in den Albula-Alpen im Kanton Graubünden; 25) geisteskrank, von Sinnen; 26) Leipziger Landmaschinenbau-Unternehmer (1824-1900); 28) Hausflur; 32) Stadt in Nordindien (Uttar Pradesh); 33) deutscher Schriftsteller in Leipzig geboren (1900-1979); 34) Stadt und Distrikt in Indien (Madhya Pradesh); 35) Dichtung in gehobener Sprache und Versen; 37) antikes Rechenbrett; 39) englischer Autor, Theosoph und Astrologe, „Vater der modernen Astrologie“ (1860-1917); 40) die dem Wind zugewandte Seite; 41) indischer Politiker und Widerstandskämpfer, erster Ministerpräsident Indiens (1889-1964); 43) lateinisch: Gott; 44) zentrales Organ des Blutkreislaufes; 47) Vorderteil eines Schiffes; 49) meist olivgrüner Nestorpapagei; 50) Tierleiche, Moderfleisch; 54) eine Präposition, chemisches Symbol für Americium

Kreuzworträtsel



Herausgeberin:
Fraktion Die Linke im Leipziger Stadtrat
04092 Leipzig

Tel: (0341) 123-2150
Web: linksfraktion-leipzig.de
E-Mail: le.konkret@dieLinke-leipzig.de
facebook: facebook.com/linksfraktionle/
twitter: twitter.com/LinksfraktionLE
instagram: instagram.com/Linkefraktion_Le

V.i.S.d.P.: Enrico Stange
Gestaltung: William Rambow
Fotos: Die Linke, Linksfraktion Sachsen, William Rambow, privat, DIG / Jannis Schulze
Spenden: Sparkasse Leipzig
IBAN: DE11 8605 5592 1175 5039 20

